

Wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, sind viele Veränderungen nötig

Klimaschutz: „Solarpflicht als Option“, FR-Wirtschaft vom 5. Juni; Thema Benzinpreis: „Vertreibung aus dem Paradies“, FR-Wirtschaft vom 29. Mai, und „Benzinwut 2.0“, FR-Meinung vom 5. Juni

CDU/CSU und FDP wetzen die Messer

Wasch mir den Pelz, aber mache mich nicht nass! Genau nach diesem Motto argumentiert die CDU/CSU, und natürlich die FDP, wenn es um den Klimaschutz geht. Aktuell hat Annalena Baerbock gesagt, dass sie für eine Verteuerung des Kurzstreckenflugverkehrs und mittelfristig für eine Abschaffung solcher Flüge ist. Für solch eine Maßnahme, die übrigens in Frankreich beschlossen ist, wurde sie schon von Markus Lanz in seiner Sendung angegangen. Lanz wollte mit aller Gewalt, dass Baerbock seine Aussage „sie wollen Flüge verbieten“ mit „Ja“ beantwortet. So einfach stellt sich „Klein Markus“ Politik vor.

Unabhängig von solch plumper Meinungsmache (Parallelen zum „Veggie Day“ sind offensichtlich) ist unstrittig, dass die Fliegerei einen erheblichen Beitrag zur Klimakatastrophe leistet. Das Fliegen wird hoch subventioniert (Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer, Kleinflughäfen usw.) und die Umweltkosten werden nicht berücksichtigt. Spätestens nach dem Urteil des Verfassungsgerichts zum Thema Klimaschutz sollte klar sein, dass es so nicht weitergehen darf. Aber kaum ist im beginnenden Wahlkampf dieser Vorschlag auf dem Tisch, wetzen CDU/CSU und FDP die Messer. Plötzlich werden die sozial Schwachen entdeckt. Flugreisen müssen für jeden finanzierbar „bleiben“? Und es wäre unsozial, wenn der Flug in den Urlaub ein Privileg für Wohlhabende „würde“. Die politischen Träumer setzten wieder einmal auf technische Innovationen und „grünes Kerosin“. Dafür können wir dann den restlichen Urwald abholzen, damit wirklich auch jeder fliegen kann. Bin gespannt, wann die Forderung kommt, dass auch der Flug mit einer Rakete von Elon Musk für alle möglich sein muss.

Wenn es nicht so tragisch wäre und wenn es nicht um unser aller und die Zukunft der Erde ginge, könnte man das alles als



Die Bundesregierung hat eine Idee: Auf alle Dächer von Neubauten sollen jetzt Solarzellen.

DPA

Spinnerei abtun. Aber die Leute, die solchen Unsinn verbreiten, sind verantwortliche Politiker. Wir alle sind gefordert, dass bei der anstehenden Wahl solche unfähigen, fortschrittsgläubigen und nicht veränderungswilligen Politiker nicht mehr ans Ruder kommen. Dieter Murmann, Dietzenbach

Die Photovoltaik und die Tücken der Bürokratie

Dass die Sonne zur Erzeugung von Strom und Wärme genutzt werden soll, ist allgemein Konsens. Dass man nur auf die Freiwilligkeit setzen will, ist umstritten. Ja, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen, ist Verpflichtung nötig. Jeder, der kann, sollte seinen Beitrag zur Abschwächung der Erderwärmung leisten.

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Hier ein Beispiel: 1998

ließ ich eine PV-Anlage aufs Dach installieren. Zum 31.12.2000 ist sie aus der Förderung rausgefallen. Mit einem Betrag von über 2000 Euro wurde sie nun an das häusliche Stromnetz angeschlossen, damit ich einen Teil des Stroms selbst verbrauchen kann. Eine Speicherung des Stroms ist bei einer kleinen Anlage unrentabel. Der restliche Strom, der ins öffentliche Netz fließt, wird nur mit etwa drei Cent vergütet, obwohl der bezogene Strom zwischen 26 und 28 Cent kostet. Ein Problem tut sich auch auf, weil die Installation eines Zweizegels nicht so einfach ist. Die e-Netz Südhessen ist nicht in der Lage, zwischen neuen PV-Anlagen und POST-EEG-Anlagen zu unterscheiden. Dafür gibt es noch keine eigenen Formulare (bei keinem der Netzbetreiber – wie zu erfahren war). Zur Zeit wird noch auf dem Formular für

NEU-Anlagen (mit Bemerkung POST-EEG) beantragt. Für NEU-PV-Anlagen sind mehr Meldungen, Anhänge und Formulare erforderlich als für POST-EEG-Anlagen. Das haben die natürlich „übersehen“ – und haben nun noch auf weitere Unterlagen – hier die der „Fertigmeldung“, die wir ja gar nicht brauchen, weil die Anlage schon seit mehr als 20 Jahren „fertig“ ist – gewartet. Seit über zwei Monaten läuft die Anlage, und der Zähler läuft rückwärts. Mal sehen wie die Sache ausgeht.

Rudolf Dötsch, Mörfelden-Walldorf

Sind Batterien wirklich der richtige Weg?

Jetzt ist es soweit, die „Grünen“ lassen den Knüppel aus dem Sack. Die Forderungen von Spitzenkandidatin Annalena Baerbock, dass der Spritpreis um 0,16

Euro pro Liter für Benzin und Diesel erhöht werden muss, ist die zentrale Aussage für ihren Wahlkampf. Darüber hinaus fordert sie, dass E-Autos stärker zu fördern wären.

Ich habe schon seit Jahren von der Grünen-Partei keine Darstellung über die Herstellung von Batterien erfahren. Als Einziger hat sich der Naturschutzbund Nabu geäußert. Er hat erhebliche Bedenken ob eine Batteriefertigung der richtige Weg ist, die E-Mobilität voranzutreiben. Die Grünen wären gut beraten und sollten zur Kenntnis nehmen, ob dieser Weg zur Mobilisierung der richtige ist. Die Wissenschaft hat bereits einen Vergleich zwischen Benzin/Diesel zu dem Elektroauto dargestellt.

Für mich ist es auch eine verwirrende Situation, dass bei der Herstellung von Batterien in keiner Weise über die Umweltverschmutzung des Trinkwassers in den Ländern, wo die Materialien für die Herstellung gefördert werden, eine Aussage gemacht wird. Zum Teil ist Kinderarbeit in diesen Regionen gang und gäbe.

Was wären die Alternativen? Erstens: Schnellstens die Kohlekraftwerke durch gasbetriebene Kraftwerke ersetzen. Zweitens: Mit Wasserstoff betriebene Anlagen fördern und ersetzen, in der späteren Folge auch die gasbetriebenen Kraftwerke ersetzen. Dies ist eine nachhaltige, zielgerichtete, umweltbezogene Maßnahme der Zukunft.

Bedauerlicherweise ist von der Politik in Deutschland und in Europa keine durchgreifende Zielrichtung angegeben, in welcher Weise auch und insbesondere das Trinkwasser geschützt werden kann. Das Themen Daseinsvorsorge wird lediglich am Rande erwähnt, ohne darüber zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählt auch aus meiner Sicht, dass sowohl Energie als auch das Gesundheitswesen eine Staatsaufgabe ist und nicht in private Hand gehört. Erich Strüb, Offenbach

Diskussion: frblog.de/klimapolitik-2

FR-Blog: Überbordender Fleischkonsum

Aus der Diskussion über die Klimapolitik

Unser Lebensstil führt in den Kollaps

Als ich auf Seite 232 des Buches „Food Crash“ von Felix zu Löwenstein gelangte (das ich gerade lese), fand ich folgenden Satz, der zu meinem Thema passt: „Wenn es uns nicht gelingt, die Ausbreitung des westlichen Lebensstils mit seinem hohen Fleischkonsum, seiner Überernährung und seiner Lebensmittelvernichtung zu verhindern, dann gibt es keine technische Lösung, die den Zusammenbruch des Ernährungssystems verhindert.“

Ein Teil der Weltbevölkerung nehme für sich einen unverhältnismäßig hohen Anteil an den Ressourcen in Anspruch. Das Buch beschäftigt sich eigentlich mit ökologischer versus kon-

ventioneller Landwirtschaft und nicht speziell mit Tierkonsum.

Ralf-Michael Lübbers

Billig-billig ist nicht zu rechtfertigen

So ganz kommt keiner von uns aus dem Dilemma raus, sich nicht ganz umweltgerecht zu verhalten. Trotzdem bleibt das Engagement ein richtiges Lebenszeichen. Dieser überbordende Fleischkonsum ist wirklich nicht zu rechtfertigen. Und dazu dieses Billig-billig! Diese elende Massentierhaltung. Alles verrückt. Wie überhaupt vieles nur noch schwer zu fassen ist. Schon der Alltag bietet ein Bild des Grauens mit Müll auf offener Straße oder diesem Alles-stehen-und-liegen-Lassen. Es ist Sisyphos-Arbeit, aber „wir müssen uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen“ (Albert Camus). Jürgen Malyssek

Fossile Brennstoffe waren gestern!

Erdölexploration: „Gefahr für Wasser und Elefanten“, FR-Wirtschaft vom 5. Juni

Ein kanadischer Erdöl-Konzern bohrt im Okavango-Delta nach Öl, weil er dort eines der größten Ölfelder vermutet und ausbeuten will. Das Okavango-Delta ist eines der wichtigsten Biodiversitätszentren der Erde und wurde 2014 aus gutem Grund zum Unesco-Welterbe erklärt. Dort heißt es: Nach den Durchführungsrichtlinien zur Welterbekonvention zählen das Kultur- und das Naturerbe zu den unschätzbaren und unersetzlichen Gütern nicht nur jedes Volkes, sondern der ganzen Menschheit.

Wir stellen uns nun die Frage, ob sich ein Konzern bzw. die betroffenen Staaten Namibia und Botswana einfach darüber hinwegsetzen dürfen? Inwieweit versucht die UNESCO, dieses Gräueltat zu verhindern? Leider hat sie kein Sanktionsrecht, solange

die Unterzeichnerstaaten den Status eines Welterbes nicht in nationales Recht umgesetzt haben.

Abgesehen von der drohenden Zerstörung dieses einzigartigen Naturraums steht die Suche nach weiteren Ölquellen im diametralen Gegensatz zu den dringend notwendig umzusetzenden Klimazielen. Fossile Brennstoffe waren gestern! Die mit der drohenden Ausbeutung verbundenen Öltransporte werden unsere Meere und deren Lebensräume weiter hochgradig gefährden. Wo ist der Aufschrei der Staatengemeinschaft, die sich dem Pariser Klimaabkommen verpflichtet fühlt? Wo ist der Aufschrei der Menschheit, deren unschätzbarem Naturerbe die Zerstörung droht? Wer weist ReconAfrica in die Schranken? Gibt es einen

nennenswerten Widerstand, der auf ein gutes Ende hoffen lässt? Oder müssen wir hilflos zusehen, wie aus reiner Profitgier weiter Natur im großen Stil vernichtet wird?

Ausgestorbene Tier- und Pflanzenarten sind definitiv weg. Das dramatische Artensterben, nicht nur bei den publikumswirksamen Tierarten, sondern bei allen Klassen und Gattungen, den Insekten, Amphibien, Reptilien, Vögeln usw., bis hin zu den lebensnotwendigen Kleinstlebewesen in den pestizid- und düngerverseuchten Ackerböden, und ebenso im Pflanzenreich, nimmt immer gravierendere Ausmaße an und entzieht uns unsere Lebensgrundlage. Dem Planeten ist das letztendlich egal, er braucht uns nicht. Klaus Henning, Würzburg